

Mag. Alexander Schallenberg
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.259.310

Wien, am 22. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

Die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. April 2020 unter der ZI. 1607/J-NR/2020 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend UNO-Initiative für „Impfstoff“ gegen unliebsame Meinungen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *Wie stehen Sie zu den Aussagen von UNO-Generalsekretär Guterres?*
- *Wird sich Österreich an der "Initiative für eine Kommunikationsantwort der Vereinten Nationen" mit Maßnahmen beteiligen?*
- *Falls ja, mit welchen?*
- *Haben die österreichische Bundesregierung Empfehlungen der UNO hinsichtlich der Bekämpfung von Desinformation zu COVID19 erreicht?*
- *Wenn ja, welche konkret und wie bewerten Sie diese?*

Ich begrüße die Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN), António Guterres, dem Problem der Desinformation und der bewussten Verbreitung von falschen Meldungen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie im Rahmen der Arbeit der VN mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Auch im aktuellen österreichischen Regierungsprogramm nimmt der verstärkte Kampf gegen Desinformation breiten Raum ein.

Auch die EU war zu Beginn der Pandemie in Europa mit einer Vielzahl an Falschmeldungen über ihr Vorgehen konfrontiert. Ich habe mich in diesem Zusammenhang für einen zweigleisigen Ansatz ausgesprochen: einerseits eine verbesserte Kommunikation der Leistungen der EU in der Krise gegenüber der europäischen Öffentlichkeit wie auch in Drittstaaten, sowie andererseits ein aktives Entgegenreten gegen Desinformation in der EU und in Drittstaaten durch Stärkung der Medienlandschaft in den Staaten der unmittelbaren Nachbarschaft der EU und durch eine Stärkung der Fähigkeiten der EU, Desinformationskampagnen besser zu prognostizieren und darauf zu reagieren. Die Förderung des Vertrauens in die nationalen, europäischen und internationalen Einrichtungen zur Bewältigung der Krise und der Leistungen der Wissenschaft zur Bekämpfung des Virus ist dabei ein wichtiger Faktor.

Für Österreich ist wesentlich, dass alle Maßnahmen gegen die bewusste, umfassende und systematische Verbreitung von Desinformation von einem menschenrechtsbasierten Ansatz ausgehen, also die Grund- und Menschenrechte wie Meinungs- und Medienfreiheit wahren. VN-Generalsekretär Guterres nennt in seinem Bericht „Covid-19 and Human Rights: We are all in this together“ vom April dieses Jahrs eine Reihe von Empfehlungen an die VN-Mitgliedstaaten und andere Stakeholder, wie etwa den wichtigen Aufruf, sich explizit gegen Diskriminierung, Hassrede und Rassismus auszusprechen.

Als ersten konkreten Umsetzungsschritt stellte der VN-Generalsekretär Ende Mai dieses Jahres das Projekt „Verified“ vor, das einen Kader von ‚digitalen Ersthelfern‘ schafft, um den Umfang und die Reichweite von vertrauenswürdigen, genauen Informationen rund um die Krise zu erhöhen. Diese VN-Initiative wird – so die Verantwortlichen - Inhalte bereitstellen, die lebensrettende Informationen und faktenbasierte Ratschläge auf Grundlage der neuesten Informationen und Leitlinien der VN, der WHO und anderer VN-Organisationen liefern. Jede Person kann diese Information abonnieren <https://www.shareverified.com/en>. Mein Ressort hat diese VN-Initiative ebenfalls über die sozialen Medien beworben.

Mag. Alexander Schallenberg

